

Zum Beispiel 19/30015. So lautet die Dokumentennummer der kleinen Anfrage, mit der die FDP-Fraktion aktuell von der Bundesregierung wissen will, wie sich die Digitalisierung auf ältere Bankkunden auswirkt, da das Onlinebanking die Filialen verdrängt. Die Linksfraktion möchte in Erfahrung bringen, was die Eurodrohne den Steuerzahler kosten soll – und schickt ebenfalls kürzlich die Frage mit der Nummer 19/29238 los.

Vier Möglichkeiten bieten sich Abgeordneten, um ihrer im Grundgesetz vorgesehenen Kontrollfunktion nachzukommen. Vier Fragen pro Monat sind zulässig, die innerhalb einer Woche schriftlich beantwortet sein müssen. Zusätzlich sind pro Sitzungswoche zwei Fragen möglich, auf die die Regierung im Plenum mündlich reagiert. Hinzu kommen kleine und große Anfragen, von denen letztere im Plenum debattiert werden müssen. Meist handelt es sich dabei um ganze Fragenkataloge, die eine ganze Fraktion einreichen muss – freilich keine große Hürde.

Im Kanzleramt kommt somit ein steter Fluss an Auskunftersuchen an, manche sprechen auch von einer Flut. Noch kein Bundestag hat so häufig etwas von einer

„Die Flut von Anfragen stellt eine enorme Belastung dar.“

Stephan Mayer,
Staatssekretär

Bundesregierung wissen wollen wie dieser, nämlich 39 733 mal. „In der 19. Legislaturperiode haben die Bundesregierung bisher 23 680 schriftliche Fragen und 5088 mündliche Fragen sowie 10 930 kleine und 35 große Anfragen erreicht“, teilt ein Regierungssprecher mit. Die Zahlen stammen aus dieser Woche – damit dürfte bis Ende der Wahlperiode doppelt so viel gefragt worden sein wie in der vorangegangenen mit 21330 Fragen.

Das hat mehrere Gründe. Noch nie gehörten dem Bundestag so viele Abgeordnete an. Die Verdoppelung rührt aber vorrangig daher, dass im Vergleich zu den Jahren 2013 bis 2017 aus damals zwei vier Oppositionsfraktionen wurden. Mit dreien in den Jahren 2009 bis 2013 waren es schon einmal 30 376 Fragen.

Das macht viel Arbeit. Zwei Wochen hat die Regierung zumeist Zeit, um kleine Anfragen zu beantworten, bei „normalen“ Fragen sind es wenige Tage. In den Ministerien stöhnen sie auf, wenn nur die Sprache darauf kommt. „Die Flut von Anfragen stellt eine enorme Belastung für die Ministerien dar“, sagt Stephan Mayer (CSU), Staatssekretär im Innenministerium.

Das Kanzleramt verteilt die Fragen auf die Ministerien. Manchmal, wenn etwa der FDP-Mann Pascal Kober die Zahl der Regierungsbeamten im Homeoffice erfragt, müssen gar alle Ressorts ran. Untereinander abstimmen müssen sie sich ohnehin ständig. Das kostet Zeit. „Nach Eingang der Antwortbeiträge erstellt das zu-



39 733 Fragen an die Regierung

Noch nie hat ein Bundestag so viel wissen wollen. Mit den Antworten ist die Opposition trotzdem nicht zufrieden – und Ministerien fühlen sich schon mal vorgeführt. *Von Christopher Ziedler*

Unter den Augen des Bundesadlers werden immer mittwochs die „mündlichen“ Fragen der Abgeordneten beantwortet. Foto: dpa/Kay Nietfeld

ständige Referat eine Gesamtantwort stimmt diese mit allen Beteiligten ab“, berichtet ein Regierungssprecher: „Nach Zustimmung aller Beteiligten zum Antwortentwurf veranlasst das federführende Bundesministerium die Unterzeichnung durch die Hausleitung.“

Etwa durch Stephan Mayer. „Ich unterschreibe keine Regierungsantwort blind, prüfe sie auf Plausibilität“, erzählt der: „Bei Statistiken muss ich mich aber auf unsere Fachleute verlassen, und das kann ich auch.“ Solange die die Zahl der Fragen nicht weiter steige, „können wir sie noch in guter Qualität bewältigen“.

So einfach ist die Sache aber nicht, im Gegenteil. Qualität wie Quantität von Fragen und Antworten sind ein im Regierungsviertel arg umstrittenes Thema. Die Administration ist eigentlich überfordert mit der Menge. Sie führe dazu, „dass zunehmend andere operative Tätigkeiten zurückgestellt werden müssen“, heißt es in einer Antwort auf eine kleine Anfrage zu den vielen kleinen Anfragen.

Kann die Regierung vor lauter Regierungskontrolle nicht mehr regieren? Auch deshalb läuft laut Handelsblatt in der Bundesdruckerei ein Pilotprojekt, um mit Algorithmen eines Tages wiederkehrende Fragen maschinell zu beantworten. FDP-

Fraktionsvize Michael Theurer ist nicht abgeneigt: „Vielleicht schafft die künstliche Intelligenz mehr Transparenz, als es die Leitungsebene der Ministerien zulässt.“ Die Opposition hält die Antworten oft für „unvollständig“ oder „schwammig“ formuliert, wie Theurer moniert, offenbar stehe „nicht in erster Linie Transparenz von exekutivem Handeln im Vordergrund, sondern politisches Kalkül“.

Also wird nachgehakt – was umfangreichere Angaben nach sich ziehen kann. Eine Statistik zu den beanstandeten Antworten gibt es aber nicht. Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer macht Unterschiede aus. Das Agrarministerium antwortete „in der Regel sachgerecht“. Sein Gegenbeispiel: „Gerade das Verkehrsministerium und Andreas Scheuer (CSU) sind bei der Beantwortung von Fragen so zugeknöpft wie ein Geheimdienst im Kalten Krieg – da werden mehr als die Hälfte der Fragen nicht beantwortet.“

Das will die Regierung, in diesem Fall Verkehrsstaatssekretär Steffen Bilger (CDU), nicht auf sich sitzen lassen. „Selbstverständlich werden alle Anfragen von uns wahrheitsgemäß und in aller Regel fristgerecht beantwortet“, sagt Bilger – und kontert: „Es gibt keinen Anspruch auf die politisch gewünschte Antwort.“

WELCHE PARTEIEN WIE FRAGEN

Verteilung Die FDP hat mit 3531 die meisten kleinen Anfragen gestellt, die AfD mit 19 die meisten großen. Bei den schriftlich wie mündlich zu beantwortenden Einzelfragen liegen mit 7620 und 2334 jeweils die Grünen vorn. Die Abgeordneten von Union und SPD stellten der eigenen Regierung nur 945 Fragen, sie sprechen sich ohnehin eng ab – große oder kleine Anfragen waren gar keine darunter. *zie*

Die Regierung dreht den Spieß um. „Als Regierungsmitglied steht es mir nicht zu, die Anzahl der Anfragen zu kritisieren“, sagt Staatssekretär Mayer zwar: „Uns ist aber bewusst: Viele Antworten werden nur erfragt, um sie medial auszuschlachten und die Regierung damit möglichst alt aussehen zu lassen“.

Tatsächlich wandern in der Praxis viele Regierungsantworten direkt in die Zeitungsredaktionen, versehen mit einem Kommentar der Opposition. Auch das will die Regierung nicht grundsätzlich kritisieren. Es sei ihr gutes Recht, die Antworten für die eigene Arbeit oder medial zu nutzen, meint Bilger: „Man kann aber auch nicht von den Ministerien erwarten, dass sie einfach die gewünschten Stichworte für Kritik an der eigenen Arbeit liefern.“